

weigern, mit den Contras zu sprechen, hatte US-Demokrat Wright bereits einen wichtigen Kompromiß erzielt: Im Einverständnis mit der Reagan-Administration überredete er die Contra-Führer, daß Priester oder das Rote Kreuz an ihrer Stelle verhandeln.

In Washington zeigte sich freilich, daß die Befürworter einer friedlichen Lösung, vor allem Stabschef Howard Baker und Außenminister George Shultz, ihre rechten Parteifreunde unterschätzt hatten. Die fühlten sich gleich nach Bekanntwerden der Friedenspläne um einen wichtigen Teil der „Reagan-Revolution“ betrogen.

Mit nie dagewesener Schärfe griffen plötzlich rechte Republikaner ihren alten Helden an – ein Beweis dafür, wie sehr Reagan seit dem aberwitzigen Waffenhandel mit dem Iran gerade in konservativen Kreisen an Glaubwürdigkeit und Autorität eingebüßt hat.

Das einflußreiche „Wall Street Journal“ prophezeite, Reagans Friedensbemühungen würden enden wie zu Zeiten Kennedys die Invasion in Kubas Schweinebucht – mit einer blamablen Niederlage.

Die Kritik der Republikaner an Präsident Reagan klang so, als ob ein Demokrat im Weißen Haus regierte. Sogar Reagans farbloser Vizepräsident George Bush versicherte: „Wir werden die Contras nicht im Regen stehen lassen.“

Der Aufschrei der Rechten zeigte Wirkung. Habibs Friedensflug wurde gestoppt, in dieser Woche wird der US-Präsident seinen Urlaub unterbrechen und sich mit Contra-Führern treffen, „um zu zeigen, daß wir sie nicht im Stich lassen“, so Regierungssprecher Fitzwater.

Gleich nach der Sommerpause wollen diese ultrarechten Reagan-Kritiker im Kongreß 310 Millionen Dollar für ihre Contras verlangen – dreimal mehr, als die Rebellen im vergangenen Jahr erhielten.

Vergangenen Mittwoch betonte ein enger Mitarbeiter des Präsidenten, daß die Contras sogar noch nach einem Waffenstillstand „langfristig“ weiterfinanziert werden müßten – für die Sandinisten ein enthüllender Vorschlag.

Es wäre das abrupte Ende des „Wunders von Mittelamerika“, von dem Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto noch vor wenigen Tagen geschwärmt hatte.

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, „die wichtigste Schlacht geht jetzt um die Meinung des Präsidenten“, urteilte ein Berater im Weißen Haus.

Der erzkonservative Kolumnist William Safire, früher ein glühender Bewunderer Reagans, hat seit dem Iran-Contra-Skandal das Vertrauen in die rechte Kraft des Präsidenten verloren. „All das wäre nicht geschehen“, meinte er enttäuscht, „wenn Ronald Reagan lebte.“

## ÖSTERREICH

### Fredi und Kurtl

**Stürzt über Waldheim nun der SPÖ-Chef Sinowatz? Er soll „dem Weltjudentum in die Arme“ gearbeitet haben.**

Er rede derzeit nicht persönlich mit Bruno Kreisky, vertraute SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky dieser Tage dem Wiener Massenblatt „Kurier“ an. Im Falle eines Gesprächs aber würde er dem ehemaligen sozialistischen Sonnenkönig sagen wollen: „Bedenke, was du der Partei antust.“

Nicht nur der Partei, muß hinzugefügt werden. Vranitzkys starke Worte waren



Waldheim (M.), Regierungs-Partner Vranitzky, Mock: Monsterkrach der Koalition

der Notruf eines Regierungschefs, der erlebt, daß sein Land unregierbar wird.

Es passierte am 4. August knapp nach 19 Uhr. Der 76jährige Kreisky, gelangweilter Kurgast in Bad Ragaz, unterhielt sich mit dem eidgenössischen Journalisten Alphons Matt von der „Schweizerischen Handels-Zeitung“ über die Causa Waldheim und vor allem darüber, wer dem Jüdischen Weltkongreß die nötigen Dokumente für die Anschuldigungen gegen den ÖVP-Präsidentenwahlkandidaten geliefert haben könnte.

Dabei erging sich Kreisky wie stets in Andeutungen, die nachher ganze Heere von Ausdeutern beschäftigten und zu immer neuen Schlagzeilen in den Zeitungen führten. Ihm selbst, so plauderte er, seien diverse Waldheim-Dokumente vom „Parteivorsitzenden Sinowatz“ mittels eines Parteisekretärs geschickt worden. Dann wörtlich:

Ein amerikanischer Journalist erzählte mir bei einem zufälligen Treffen im Ausland, ein sogenannter „adviser“ des Parteivorsitzenden habe ihm Unterlagen gegen Waldheim zur Publikation angeboten ... Wenig später begegnete ich in Wien einem anderen US-Journalisten, der die Akten „von jemandem“ erhalten hatte. Er nannte keinen Namen, aber für mich war klar, woher sie stammten.

Die Leser des Kreisky-Interviews glaubten ebenso klar zu sehen – natürlich vom erwähnten Vorsitzenden Fred („Fredl“) Sinowatz, der zum Zeitpunkt des Präsidentschaftswahlkampfes noch an der Spitze der Bundesregierung stand.

Damit schien bestätigt, was seit langem vermutet, doch von Sinowatz wiederholt wütend dementiert worden war: daß die Kampagne gegen Waldheim, die

Österreich in weiten Teilen der Welt diskreditiert hat, ausgerechnet vom Büro des amtierenden Bundeskanzlers am Ballhausplatz ausgegangen ist.

Seither tickt eine Politbombe im rot-schwarzen Koalitionskabinett. „Sinowatz stürzt über Waldheim“, prophezeit das Nachrichtenmagazin „Profil“. Erste Wetten über baldige Neuwahlen werden abgeschlossen. Die endlose Waldheim-Geschichte wächst sich zur akuten Gefahr für die interne Stabilität der Alpenrepublik aus.

Außenpolitisch läßt sich vorerst ohnehin nichts machen. Da stecke Österreich „in der schwierigsten Phase seit 1945“, klagte ÖVP-Vizekanzler und Außenminister Alois Mock. Das schöne walzerseelige Image ist dahin, die Flickarbeit – sofern überhaupt möglich – äußerst zeitraubend. Statt wie bisher mit Mozart, den Lipizzanern und den Wiener Sängerknaben automatisch Sympathien zu ern-



Bei den Schwarzen schreien die Radikalsinis um den ÖVP-Generalsekretär Michael Graff nach dem sofortigen Rücktritt des sozialistischen Parteichefs. Ihrer Meinung nach trägt der scheinbar so bieder-männlich-gemütliche Sinowatz die Hauptverantwortung dafür, daß „die SPÖ die Waldheim-Debatte aus unanständigen Motiven mit unanständigen Mitteln losgetreten hat“ („Profil“).

Ob dies tatsächlich so ist, ist allerdings bis dato umstritten. Es gibt eine Fülle von Indizien – beispielsweise fand die „Wochenpresse“ heraus, daß Sinowatz bereits im Januar 1986 von seinem Freund Rudolf Neck, damals Generaldirektor des Staatsarchivs, über die Angaben in der Wehrstammkarte Waldheims informiert worden war. Doch der letzte Beweis fehlt noch.

Auch das Kreisky-Interview schafft keine endgültige Klarheit. Der Altstar unterscheidet bekanntermaßen höchst ungern zwischen Akten, Dokumenten und bloßen Zeitungsausschnitten. Überdies fühlt er sich halt wiederum falsch interpretiert. O nein, sagt er, er habe nie und nimmer den honorigen Sinowatz gemeint, sondern lediglich dessen bösen Geist und Kabinettschef Hans Pusch: „Der Pusch hat das selber verrichtet.“

Vielleicht. Die wohl einzige Chance, zuschlechtert noch Licht ins dunkle Verschwörungsthema zu bringen, bietet ein Presseprozeß, der am 2. September in die fünfte Verhandlungsrunde geht.

Vorgeschichte: Der „Profil“-Journalist Alfred Worm meinte im Sommer 1986 nachweisen zu können, daß Sinowatz bereits im Herbst 1985 ein Enthüllungsmanöver gegen den ÖVP-Kandidaten geplant hatte.

Zu diesem Zweck publizierte Worm die privaten Aufzeichnungen der seinerzeitigen burgenländischen Obergemossin Otilie Matysek über eine Sitzung des SP-Landesvorstands im Oktober 1985. Dort soll Sinowatz laut Matysek entschlossen verkündet haben, man werde die Österreicher „zur rechten Zeit vor der Präsidentenwahl“ über Waldheims „braune Vergangenheit“ informieren.

Nach der „Profil“-Veröffentlichung lief Sinowatz zum Presserichter, der nun die Echtheit des Matysek-Protokolls zu prüfen hat. Diverse Graphologen und Zeugen sind aufgeboten – auch der Zeuge Bruno Kreisky.

Für den Vorsitzenden der ersten Regierungspartei steht eine Menge auf dem Spiel. Falls er als „Vernaderer“ (Petzer) entlarvt wird, ist er nicht mehr lange zu

**Sozialistenchef Sinowatz, Altbundeskanzler Kreisky: Den Spitzengenossern vernadert**

ten, muß die Wiener Regierung degoutante Fragen über Österreichs dunkle braune Jahre beantworten.

Daß der unbedeutende Wehrmachts-oberleutnant Kurt Waldheim trotz seiner durchschnittlichen Kriegsvorgangeneit auf der Washingtoner Watchlist steht, ist keinesfalls das schlimmste. Auch die fehlenden Einladungen der übrigen westlichen Industriestaaten wären zu verkraften. Das Staatsoberhaupt eines kleinen Landes braucht nicht notwendigerweise viel zu reisen – siehe den Bundespräsidenten der Schweiz.

Schwerer fällt ins Gewicht, daß Waldheims Austria zur international bekanntesten Logo für reuelose Kleintäterschaft wurde. Gemeinsam mit dem einsamen Mann aus der Hofburg stehen heute 7,5 Millionen Österreicher am Pranger, ohne Rücksicht auf ihr Geburtsdatum sind sie in den Augen der Völkerfamilie lauter kleine Waldheims – Mitreiter und Mitmarschierer des Naziregimes, die sich gleichwohl nach 1945 um die adäquate Buße herumzudrücken versuchten.

Innenpolitisch hingegen hat Österreich das erste der sechs Waldheimschen Amtsjahre relativ intakt überstanden. Dank dem betont sachlichen Stil des Bundeskanzlers Vranitzky bauten sich die Emotionen und Feindbilder der Wahlkampf-Monate bald ab.

Die Spitzenfunktionäre der zwei koalierenden Großparteien SPÖ und ÖVP schlossen eine Art Gentlemen's Agreement, das ihnen eine überraschend spannungsfreie Zusammenarbeit gestattete:

▷ Vranitzky und Sinowatz machten ihren murrenden Genossen klar, daß sich die SPÖ den Bundespräsidenten nicht aussuchen kann. Der derzeitige sei demokratisch gewählt, habe also akzeptiert zu werden. Eine Regierungspartei, die den Rücktritt des Staatsoberhauptes fordert, würde der Welt „ein neues, unfaßbares Schauspiel bieten“ (Vranitzky).



**Zeugin Otilie Matysek\* „Unanständige Motive“**

▷ Mock machte seinen Volksparteilern klar, daß sie sich den SPÖ-Vorsitzenden nicht aussuchen können. Er ließ die brisante Frage nach dem Zünder der globalen Anti-Waldheim-Kampagne bewußt einschlafen.

Seit dem Ragazer Plauderstündchen des Pensionärs Kreisky aber ist es vorbei mit dem mühsam konservierten internen Frieden. Die Gegensätze in und zwischen den Parteien brechen neu auf, die Scharfmacher beider Lager kommen zu Wort. „Kreisky bringt offenbar wieder einmal Unruhe“, seufzt der Tiroler SPÖ-Chef Hans Tanzer.

Da wie dort gärt es besonders an der Basis. Bei den Roten rebellieren die Wiener Fundis – sie möchten den sozialistischen Parteitag im Herbst dominieren und ihre Forderung nach Rücktritt des Bundespräsidenten durchsetzen.

\* Titel des Wiener Magazins „Profil“.

halten. Die SPÖ hat entschieden zu viele alte Nazis unter ihren Provinzkadern, als daß sie jemanden tolerieren könnte, der „dem Weltjudentum in die Arme arbeitet“ (so ein Kärntner Funktionär).

Gekränkt und nervös, reagiert der rote Fredi denn auch haarscharf wie der schwarze Kurti: Er bestreitet glattweg alles, erinnert sich an nichts: „Niemand von uns hat etwas gewußt. Niemand von uns hat einen Verleumdungsfeldzug geführt.“

Fast täglich rufen Vranitzky und die übrigen SPÖ-Granden verzweifelt zu mehr Kollektivist in Partei und Regierung auf. „Der Präsidentschaftswahlkampf darf nicht wieder aufflammen“, appelliert Innenminister Karl Blecha an den Koalitionspartner, während sich der Bundeskanzler unverhohlen gegen Kreisky stellt: Seine Partei werde sich „von niemandem in die Situation bringen lassen, den Parteivorsitzenden auf solche Art und Weise in Frage zu stellen“.

Grund zur Freude über die „Verstimmung zwischen den Koalitionspartnern“, wie das SPÖ-Zentralorgan „AZ“ den Monsterkrach vornehm nennt, hat derzeit allenfalls Kurt Waldheim selbst.

Im gestörten rotschwarzen Verhandlungsklima sind auch die geheimen Sondierungsgespräche über eine eventuelle krankheitsbedingte Ablösung des Bundespräsidenten nach dessen Rehabilitierung durch die endlich zusammengestellte Historikerkommission verstummt.

Sein jüngstes Gespräch mit den „Vorarlberger Nachrichten“ zeigt einen rundum optimistischen Waldheim. Er denke durchaus daran, sich 1992 um eine zweite Amtszeit zu bewerben, verrät er, „kommt Zeit, kommt Rat“.

## SÜDKOREA

### Nachteil der Arbeiter

**Wilde Streiks in Hunderten von Unternehmen legten die Wirtschaft des Landes lahm. Die Arbeiter wollen die Zulassung freier Gewerkschaften erzwingen.**

Sechs Werftarbeiter waren von einer Bande Rowdys zusammengeschlagen und beraubt worden. Es geschah auf offener Straße, als sie sich im Rathaus als Vertreter ihrer tags zuvor neu gegründeten Betriebsgewerkschaft registrieren lassen wollten. Die einzige Beute der Schläger, auf die sie es aber auch nur abgesehen hatten: die Ausweise und Gewerkschaftspapiere der Arbeiter. Sontan legten daraufhin fast 2000 Arbeiter



**Streikende Busfahrer in Seoul: 30 Prozent mehr Lohn gefordert**

der Hyundai-Schiffswerft in Ulsan, mehr als die Hälfte der Belegschaft, die Arbeit nieder, als sie von dem Überfall hörten.

Der Streik dauerte nur wenige Stunden. Als die gestohlenen Papiere auf mysteriöse Weise im Rathaus gefunden wurden und die Gewerkschafter doch noch offiziell abgestempelt werden konnten, schien der Zwischenfall schon kaum mehr als eine unbedeutende Episode.

Doch die Arbeitsniederlegung in Ulsan hatte Folgen: Sie war, Mitte vergangenen Monats, das Startsignal für den schwersten und heftigsten Arbeitskampf in der Geschichte Südkoreas.

Innerhalb weniger Stunden schon schwappten Unzufriedenheit und Erregung der Arbeiter auf andere Unternehmen und Betriebe des Hyundai-Konzerns über, der mit 156 000 Beschäftigten Südkoreas größtes Industrieunternehmen ist: Wilde Streiks legten den Giganten lahm.

Es war, als hätten die bis dato weltweit als diszipliniert und genügsam angesehenen koreanischen Arbeiter nur auf das Stichwort ihrer Hyundai-Kollegen gewartet: Kaum eine Branche, kaum eine Region des Landes sind in den vergangenen Wochen vom Arbeitskampf, von Streiks und Aussperrung verschont geblieben. Das Hongkonger Magazin „Asiaweek“ umschrieb das Ausmaß der Auseinandersetzungen mit: „Südkorea streikt“.

Rund 1000 Unternehmen landesweit mußten zeitweilig den Betrieb einstellen; an manchen Tagen befanden sich mehr als 200 000 Arbeitnehmer im Ausstand. „Die Auseinandersetzungen haben viele Industriezweige lahmgelegt“, klagt der koreanische Industrieverband, „und können, wenn sie nicht schnell beigelegt

werden, die nationale Wirtschaft vernichten.“

In der Tat kommen die Streiks das Land teuer zu stehen: Das Industrie- und Handelsministerium in Seoul beziffert den bisherigen Produktionsausfall für einen Monat auf 435 Millionen Dollar, die Exportverluste im gleichen Zeitraum auf 163 Millionen Dollar.

Die Schiffbauindustrie etwa in Ulsan, wo bei blutigen Straßenschlachten mit der Polizei vorige Woche mehrere Dutzend streikender Arbeiter verletzt wurden, sieht schweren Zeiten entgegen: Schon sei deutlich, klagt ein Manager, daß potentielle Auftraggeber angesichts der unruhigen Lage in Südkorea gleich ins teurere, aber stabile Japan ausweichen.

Mindestens 20 000 Bergleute bestreikten und blockierten 32 Kohleminen. Die Blockade lösten Polizeieinheiten mit Tränengas auf; 36 000 Tonnen Kohle aber blieben täglich ungefordert, rechnete Energieminister Choi Chang Nak vor und befürchtet einen ernsten Heizstoffmangel für den Winter.

Selbst das Lotte-Hotel in Seoul, Südkoreas größte Luxusherberge, wurde vergangene Woche von 600 seiner Angestellten bestreikt. Und die Busfahrer der südkoreanischen Hauptstadt kündigten für das Wochenende einen Generalstreik an – sollte bis dahin ihre Forderung nach einer Gehaltsaufbesserung von fast 30 Prozent nicht erfüllt sein. Seouls Busmanager aber meinten, nicht mehr als 4,5 Prozent zugestehen zu können.

Die Vorstellungen klaffen weit auseinander; und gerade darin liegt einer der Gründe für die Heftigkeit und Dauer dieses Arbeitskampfes. Denn sind die Arbeitsniederlegungen in einzelnen Unternehmen auch nicht koordiniert, insge-